



Die Bildungsqualität scheint nicht in Gefahr: Schüler einer Gesamtschule. Foto: Keystone

Anteil voll ausgebildeter Lehrpersonen nimmt leicht zu

Lesebeispiel: Im vergangenen Schuljahr 2020/21 haben voll qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer rund 94 Prozent aller Arbeitsstunden auf der Primarstufe geleistet.

Lehrkräfte (VZÄ)

■ voll qualifiziert ■ nicht voll qualifiziert
1 Vollzeitäquivalent (VZÄ) = 1 Vollzeitstelle

	Total	Anteile in Prozent
2020/21	92,0	8,0
2019/20	91,6	8,4
2018/19	91,7	8,3
Kindergarten		
2020/21	95,9	4,1
2019/20	95,8	4,2
2018/19	96,5	3,5
Primarstufe		
2020/21	93,6	6,4
2019/20	93,6	6,4
2018/19	93,9	6,1
Sekundarstufe I		
2020/21	87,6	12,4
2019/20	86,4	13,6
2018/19	85,9	14,1

Öffentliche Schulen (nur Regelklassenunterricht, ohne die Kantone BS, BL, FR und TI)

Grafik: can / Quelle: BFS

Eltern und Schulleiter kontern Panikruf der Lehrerpräsidentin

Lehrermangel Quereinsteiger sind in Schulen und bei Eltern beliebt. Auch Statistiken widerlegen die Aussagen der obersten Lehrerin.

Alexandra Aregger

Jonas Straub ist gelernter Maschinenbautechniker und Quereinsteiger, er sagt: «Als ich das erste Mal vor den Kindern stand, war ich echt nervös.»

Vor einem Jahr begann der 32-jährige Berner die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule (PH) zum Sekundarlehrer. Schon nach einem Semester folgte der erste Härtestest: Straub unterrichtete im Rahmen eines Praktikums drei Wochen an einer Oberstufe. «Die Anspannung hat sich ziemlich schnell gelegt. Ich habe in diesen Wochen bereits gemerkt: Hier bin ich am richtigen Ort.»

Wegen des akuten Lehrermangels springen Laien und PH-Studierende wie Straub in die Bresche. Er hilft immer wieder bei Ausfällen aus, andere übernehmen gleich ein fixes Pensum. Zu viele, findet die oberste Lehrerin Dagmar Rösler.

Der Dachverband LCH ging diese Woche an einer Medienkonferenz mit Laien hart ins Ge-

richt: «Wenn ich als Mutter erfahren würde, dass meine Tochter zu einer Lehrerin ohne Ausbildung kommt, dann weiss ich nicht, ob ich noch gut schlafen könnte», sagte Rösler. Sie sieht darin nicht weniger als die Bildungsqualität in Gefahr. «Was ist das für ein Zeichen, wenn man sagt: Es können einfach alle an die Schule kommen, die Kinder gern haben?»

Diplom oder nicht Diplom – ist das die richtige Frage?

Die Aussagen sorgten nicht nur bei den Quereinsteigern für Erstaunen. «Wir sind zwar besorgt», sagt Gabriela Heimgartner-Leu, Co-Präsidentin des Vereins Schule & Elternhaus Schweiz. «Aber nicht primär darüber, ob die Lehrerinnen und Lehrer nun ein Diplom haben oder nicht. Eltern wollen eine kompetente und motivierte Lehrperson.»

Sie störten sich viel mehr daran, dass die Lehrpersonen ständig wechseln. «Viele Stellen, die ab Sommer ausgeschrieben wa-

ren, sind wieder ab Herbst ausgeschrieben. Lehrpersonen werden vorübergehend als Notlösung eingestellt. Das nimmt den Kindern die Möglichkeit, eine Beziehung aufzubauen.»

Geht es nach Heimgartner-Leu, sollten pädagogische Hochschulen den Zugang für Quereinsteiger sogar erleichtern. «Sie müssten bereits erlernte Fähigkeiten anrechnen können, wenn sie diese im Lehrerberuf nutzen können. Etwa therapeutische Erfahrung, Erwachsenenbildung oder Kursleitererfahrung bei Jugend+Sport.»

Joachim Redondo, Gesamtschulleiter der Kreisschule Aargau-Süd, wäre damit einverstanden. Aargau ist als erster Kanton ins neue Schuljahr gestartet, für welches Redondo auch Quereinsteiger in Ausbildung eingestellt hat. «Als Kreisschule sind wir der Ansicht, dass Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen, die Erfahrungen aus anderen Berufsberei-



Vom Techniker zum Lehrer: Quereinsteiger Jonas Straub.

chen mitbringen, den Unterricht mit wichtigen Erfahrungen anreichern.» Natürlich ziehe er gerade bei Klassenlehrpersonen ausgebildete Personen vor. Wegen des akuten Fachkräftemangels müssten die Schulverantwortlichen aber manchmal «kreative Wege» und Kompromisse eingehen.

Die Co-Präsidenten des Aargauer Schulleiterinnen- und Schulleiterverbands (Vslag), Philipp Grolimund und Beat Petermann, wünschen sich an den PH gar mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Quereinsteiger. Wichtig ist ihnen vor allem eine hohe Ausbildungsqualität. «Die Anstellung von Personen ohne pädagogische Ausbildung muss eine absolute Not- und Übergangslösung sein, damit die Kinder überhaupt beschult werden können.»

Jonas Straub hat in seinem Betrieb Polymechanikerlehrlinge ausgebildet und dafür Kurse

absolviert. Angerechnet wird ihm das nicht. Auch nicht seine Erfahrung im textilen und technischen Gestalten. «Das ärgert mich natürlich», sagt Straub, der insgesamt viereinhalb Jahre für sein Diplom studieren muss.

Kommt hinzu: Lehrerinnen und Lehrer verdienen ohne anrechenbares Diplom je nach Kanton deutlich weniger. Unterrichtet etwa eine ausgebildete Primarlehrerin in Bern an der Oberstufe, kriegt sie 10 Prozent weniger Lohn. Ohne Diplom sind es gar 20 Prozent. Auch in Zürich verdienen Laien bis zu 20 Prozent weniger. Im Aargau sind es 5 bis 10 Prozent, wobei das eingesparte Geld den ausgebildeten Lehrkräften zugutekommt, die die unerfahrenen Kollegen coachen.

Statistik widerlegt einen Qualitätsverlust

Die oberste Lehrerin Dagmar Rösler sagte im Interview mit den Tamedia-Zeitungen, keine Übersicht darüber zu haben, wie viele unqualifizierte Lehrperso-

nen schweizweit im Einsatz seien. Dennoch warnte sie an der Medienkonferenz: «Immer mehr Stellen müssen mit nicht oder nicht ausreichend qualifiziertem Personal besetzt werden. Das ist eine alarmierende und hoch problematische Entwicklung.»

Tatsächlich können auf Nachfrage bei mehreren Kantonen einzig die Berner sagen, wie viele Lehrkräfte ohne anrechenbares Diplom im Einsatz sind. Gemäss Bildungsdirektion sind es rund 1500, knapp jede zwölfte Lehrperson.

Seit 2018 erfasst aber auch das Bundesamt für Statistik, wie hoch der Anteil der ausgebildeten Lehrkräfte ist. Nicht in absoluten Personenzahlen, sondern mittels Vollzeitäquivalenten. Die Erhebung zeigt: Der Anteil an ausgebildeten Fachkräften in den Schulzimmern hat in den letzten Jahren nicht ab-, sondern sogar leicht zugenommen.

Die Angaben widersprechen also der LCH-Präsidentin, die öffentlich einen Qualitätsverlust beklagt.

Gute Dienste sind auch in Venezuela nicht gefragt

Diplomatie Die Schweiz sollte die Interessen der USA im südamerikanischen Land vertreten. Bis heute ist aber nichts daraus geworden.

Es harzt bei den Schutzmandaten: Diese Woche sorgte das Njet der Russen für Schlagzeilen. Diese wollen nicht, dass die Schweiz die Interessen der Ukraine in Moskau vertritt. Aus russischer Sicht ist die Schweiz nicht mehr neutral.

Nun zeigt sich, dass es auch in einem anderen Fall Probleme gibt. Eigentlich sollte die Schweiz die Interessen der USA in Venezuela vertreten. Bis heute hat Venezuela dieses Mandat jedoch nicht akzeptiert, wie das Ausen-

department EDA auf Anfrage bestätigt.

2019 war von einem diplomatischen Coup die Rede, als Außenminister Ignazio Cassis und der damalige US-Botschafter in Bern, Edward McMullen, eine Vereinbarung über ein Schutzmandat unterzeichneten. Der Plan war, dass die Schweiz in Venezuela hauptsächlich konsularische Dienstleistungen übernehmen sollte. Ohne Zustimmung des südamerikanischen Landes ist das aber nicht möglich.

Die Schweiz war vor drei Jahren mitten in einen Sturm getreten. Anfang 2019 hatte Venezuela die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen. Staatschef Nicolás Maduro reagierte damit auf die Unterstützung Washingtons für seinen Widersacher Juan Guaidó, der sich im Januar zum Interimspräsidenten erklärte.

Im Gegensatz zum Fall Ukraine ist die Position der Schweiz weniger das Problem. Vielmehr ist die Schweiz zwischen die Fronten geraten. «Die Maduro-

Regierung hat die Zustimmung abhängig gemacht von einem reziproken Schutzmandat für Venezuela in den USA», schreibt das EDA. Dies sei für die USA aber nicht akzeptabel, da sie Guaidó als Präsidenten Venezuelas anerkannt hatten. «Somit verweigerte die Maduro-Regierung die Zustimmung.»

Damit dürften sich hierzulande jetzt die Stimmen bestätigt sehen, die schon 2019 die Kommunikation des Schutzmandates ohne Venezuelas Okay als

ungeschickt kritisiert hatten. Dem Vernehmen nach drängten damals die USA auf eine Veröffentlichung.

Venezuela könnte zwar auch jetzt noch dem Schutzmandat zustimmen. «Das ist prinzipiell möglich», teilt das EDA mit. Die Bedingung wäre aber für Venezuela, dass die USA Maduro als legitimen Präsidenten anerkennen würden. «In diesem Fall wäre es auch denkbar, dass die USA und Venezuela wieder diplomatische Beziehungen

aufnehmen würden – womit es kein Schutzmandat mehr bräuchte.»

Während die Schweiz zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs über 200 Einzelmandate innehatte, sind es derzeit noch sieben: Sie vertritt die USA im Iran sowie den Iran in Ägypten und Kanada. Im Falle von Russland und Georgien sowie dem Iran und Saudi Arabien nimmt sie die Interessen in beide Richtungen wahr.

Adrian Schmid